

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fortwährender Bezugnahme 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Strafband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 50b.

Die achtspaltige Nonpareil-Schrift ohne deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Letterungsgebühr. Kleine Schriften: Das jetztbedeutete Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Letterungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Kreuzen und Stellen-Belege 3,20 M. netto pro Zeile. Berichts-Belege in Wort-Kreuzen: das jetztbedeutete Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Aufhebung der Sanktionen

Pariser und Londoner Stimmen

Der englische und der französische Standpunkt

Utd. Tel. London, 1. Juli.

In Kreisen, die der britischen Regierung nahe stehen, wird berichtet, daß die jüngsten Erklärungen Briands vor dem Kammerausschuß über die Beibehaltung der Sanktionen im Ruhrgebiet eine große Ueberraschung hervorgerufen haben. Die jetzige Haltung Briands, der keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß die Aufhebung der Sanktionen nur in Frage komme, wenn die Vorbedingungen für die Reparation voll und ganz erfüllt seien, wird als in Widerspruch zu früheren privaten Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten lebend bezeichnet, in denen er erklärt hatte, daß er sich mit den ersten Taten der deutschen Regierung, die die prinzipielle Erfüllung des Ultimatums bedeuten würden, geneigt sei, die Sanktionen aufzuheben.

Man weist in hiesigen politischen Kreisen darauf hin, daß die Äußerungen Lord Curzons der keinen Zweifel darüber gelassen hatte, daß die britische Regierung in dieser Frage nicht die Haltung des französischen Kabinetts billige, als ein deutlicher Hinweis an das französische Kabinett und Herrn Briand zu betrachten sei. Da die französische Regierung anscheinend nicht gewillt ist, ihre Politik der der anderen Entente-Regierungen anzupassen, wird damit gerechnet, daß die bevorstehende Tagung des Obersten Rates in Boulogne, auf der die Sanktionsfrage eingehend erörtert werden soll, zu einer erneuten Aufrollung der prinzipiellen Ansichten der verschiedenen Kabinette führen wird.

E.E. Paris, 2. Juli.

Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung die Öffentlichkeit darauf vorbereiten wolle, daß die Sanktionen nunmehr ihre Daseinsberechtigung verloren haben, und daß sie deshalb aufgehoben werden müßten. Das heutige „Journal“ spricht zunächst über die deutsch-französischen Verhandlungen und meint, daß diese zu festen Abmachungen führen könnten. Doch möchte Frankreich eine längere Zahlungsfrist, worüber die deutschen Sachverständigen jedoch zuerst ihre Regierung befragen müßten. Die Deutschen hätten sich bereit erklärt, die größ-

ten Anstrengungen zu machen, um ihren guten Willen zu beweisen und, falls Frankreich zur Aufhebung der Sanktionen die Initiative ergreife oder dieses von anderer Seite beantragt werde, sich nicht zu widerlegen. Im Ministerium für die besetzten Gebiete habe man diese Angelegenheit zwar nicht zur Sprache gebracht, aber man müsse sich dennoch fragen, ob die Sanktionen nunmehr noch zu Recht bestehen könnten. Erst vorgestern habe General Nollet in Paris erklärt, die Abrüstung sei in Deutschland durchgeführt. Jedenfalls sei er seit dem 5. Mai bei den Reichsbehörden dem Wunsch begegnet, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Ein endgültiger Bericht darüber wird raschstens in Paris ein treffen. Was die Reparationszahlungen anbelangt, so wisse man, daß Deutschland auch hierin seinen Verpflichtungen nachkomme. Daher wird, sagt das Blatt, heute niemand mehr für die Aufrechterhaltung der Sanktionen eintreten. Die öffentliche französische Meinung wird allerdings die Aufhebung der Sanktionen nur mit lebhafter Bewegung und großer Unruhe entgegennehmen. Zur Beruhigung werde jedoch die Garantiekommision von der deutschen Regierung als Sicherheit für die Zahlung der Jahresraten die gesamten deutschen Zolleinnahmen fordern. Die Rheingrenzlinie werde dann keine Berechtigung mehr haben, vor allem werde die Besetzung Düsseldorf ihre Daseinsberechtigung verlieren.

„Petit Parisien“, das Organ Briands, erklärt, die deutsche Regierung scheine ihr Bestes zu tun, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Augenblick sei gekommen, in dem man die Aufhebung der Sanktionen ins Auge fassen müsse. Bezüglich der geforderten Zahlungen habe Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Bezüglich der Abrüstung könne man allerdings mißtrauisch sein, weil man schon oft geläuscht worden sei, doch sobald in einigen Tagen bekannt sei, eine Abrüstung wäre durchgeführt, könne auch dieser Grund nicht mehr für die Aufrechterhaltung der Sanktionen geltend gemacht werden. Die Leipziger Urteilssprüche abzuwarten, sei weder billig noch klug. Ferner dürfe man das Reich wirtschaftlich nicht vom Rheinlande trennen, wenn man von Deutschland die höchsten Anstrengungen für die Reparationszahlungen fordere. Frankreichs Interessen wie seine Ehrenhaftigkeit gebieten, dieses für die Folge nicht mehr zu rechtfertigende Hindernis aufzuheben.

Während fast Einstimmigkeit darüber herrscht, daß gemäß den einen aus theoretischen, gemäß den andern aus konkreten Gründen von einer Beteiligung der Sozialisten an der Regierung nicht gesprochen werden kann, hält die Gruppe dafür, daß von vornherein nicht dem Versuch anderer Parteien, dauernd und aufrichtig eine der Gewaltanwendung gegen das Proletariat entgegengetretene Politik zu verwirklichen, im Parlament Hindernisse bereitet werden.

Dieser Entschluß hat die Zustimmung der Parteileitung. Hinsichtlich der konkreten Modalitäten, wie die oben angezeigte Aktion entwickelt werden soll, erteilte die Gruppe der eigenen Leitung, die sich in ständiger Fühlung mit der Parteileitung halten wird, ein Vertrauensmandat.

Die amerikanische Friedensentschließung

Vor der Unterzeichnung

Washington, 2. Juli.

Der Senat hat die Kompromißresolution, die den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits beendet, mit 38 gegen 19 Stimmen angenommen. Damit hat der Kongreß die Kompromiß-Resolution einstimmig verabschiedet. Sie ist noch am gleichen Tage zur Unterzeichnung dem Präsidenten Harding zugegangen.

Der Abstimmung über die Vermittlungsresolution Fortier-Knox im Senat ging eine lebhafte Debatte voraus. Senator Brandegee (Republikaner) drückte in Beantwortung einer Frage die Meinung aus, daß die Verabschiedung der Resolution die Zurücknahme der amerikanischen Truppen aus Deutschland zur Folge haben werde. Senator Mc. Kellar (Demokrat) bat um Auskunft darüber, ob es nicht die Absicht der Republikaner sei, auf die Resolution den Friedensvertrag mit Deutschland folgen zu lassen, worauf Brandegee erwiderte, daß diese Absicht nicht bestehe; der Handelsvertrag und die Annahme der Resolution würden den Frieden mit sich bringen.

Wahl zum Reichsrat

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Halle, 2. Juli.

In der heute in Merseburg stattgefundenen Sitzung des Provinzialausschusses für die Provinz Sachsen wurde als Mitglied des Reichsrates der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Otto Hörsing, mit 12 gegen 2 Stimmen der Kommunisten gewählt. Es hat also auch die gesamte Rechte für den Oberpräsidenten Hörsing gestimmt, obwohl ihre Vertreter im Landtag an Hörsing kein ganzes Haar stehen. Zum Stellvertreter wurde der Halle'sche Oberbürgermeister Dr. Kive mit 9 gegen 4 Stimmen gewählt.

Die Doppelexistenzen

P. Pl. Unter obiger Richtmarke entwickelt in Nr. 299 der „Freiheit“ H. H. ihre Auffassung über dieses Thema, das in gewerkschaftlichen Kreisen viel besprochen wird. Die Frage der Doppelexistenzen wird ein Problem bleiben, so lange es nicht möglich ist, von unten auf den Gedanken der Solidarität in die Herzen aller Arbeiter und Arbeiterinnen zu verpflanzen.

Wir haben eine Verfügung des Demobilisationskommissars, der diese Frage damit durchgreifend regeln wollte. Wir nehmen an, daß er das wollte, gelungen ist es nicht. Der Druck, den er mit der Verfügung ausübte, traf nur den einen Teil, und zwar meistens den denkenden sozialistischen Arbeiter. Der nicht sozialistisch eingestellte Teil befürchtete sich den Teufel um diese Verordnung, und wenn sich wirklich einmal ein Kläger fand, so fand er in vielen Fällen auch milde Richter, weil in allen solchen Fällen der Unternehmer verstand, die Hintertüren dieser Verordnung rechtzeitig zu öffnen. Im Interesse der Produktion ist dann der Arbeiter oder die Arbeiterin soundso unabkömmlich.

Man könnte unzählige Fälle solcher Art aufzählen, und nicht nur in den Kreisen der Industrieproleten, der Heimindustrie, auch in den intellektuellen Kreisen, und dort besonders fand diese Verordnung keine Berücksichtigung. Das ist bewiesen, daß nicht Erlasse und Verordnungen genügen, sondern eine allgemeine Bereitwilligkeit vorhanden sein muß, um allen allgemein berührenden Fragen zur Durchführung zu verhelfen. Am allerwenigsten helfen Verordnungen, die nur dem arbeitenden Teil Verpflichtungen auferlegen und in keiner Beziehung den Unternehmer treffen.

Zweifellos steht nach unserem Programm der Frau das Recht auf Arbeit zu. Als Sozialisten stellen wir auch im Erwerbsleben die Frau als gleichberechtigten Faktor hin. Nur muß dabei auseinandergehalten werden, daß damit die Frau noch nicht die Pflicht zur gleichen Arbeit hat. Diese Frage wird wohl immer individuell zu behandeln sein. Wie bei dem Mann ein bestimmter Hang und nicht zuletzt Veranlagung und Fähigkeit bestimmend sind für sein Gewerbe, so muß man Hang, Veranlagung und Fähigkeit auch für die Frau gelten lassen. Eine Bevormundung, der Frau einen bestimmten Platz im Erwerbsleben anzudeuten, würde die geistig entwickelte Frau mit Recht ablehnen. Aber es ist falsch, die Frage der Doppelexistenz zu einer grundsätzlichen zu machen.

Die Unternehmer haben die Zeit des Krieges und die Not der Kriegerfrauen in ihrem Interesse weiblich ausgenutzt. An Stelle des männlichen Ernährers traten als Vertreter die Ehefrauen, die Töchter. Und obgleich in vielen Fällen sich Frauen als durchaus leistungsfähig erwiesen, sehen wir in der Industrie nirgends die Frau gleich entlohnt. Die Differenz zwischen Leistung und Entlohnung blieb Profit der Unternehmer. Und so trat, abgesehen von einzelnen Fällen, unbedachtigt die weibliche Arbeitskraft preisreduzierend auf. Der daraus Vorteile gewinnende Unternehmer, der wohl der Frau das Recht auf Arbeit aber nicht auf gleichen Lohn zugestand, hatte auch späterhin kein Interesse, mit dieser ihm angenehmen Einrichtung abzubauen, trotzdem in der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation hunderttausende existenzlose Männer umherliefen.

Die Frage der Doppelexistenz hat naturgemäß unter den existenzlosen Männern und deren notleidenden Familien eine andere als nur prinzipielle Bedeutung. Es hieße aber die Logik auf den Kopf stellen, wenn man dem Gedanken der Solidarität eine so niedere Ursache unterschiebt, wie es H. H. in genanntem Artikel unternimmt.

Für den, der Solidarität ausübt, ist dieselbe meistens materiell empfindlich. Und in einer Zeit, wo die materielle Einstellung vorherrschend ist, kommt es vor, daß oft der Solidarität bezeugende Teil sich und anderen alles Mögliche einredet, nur, um für seine Haltung verteidigende Motive zu finden. Ein solch gesuchtes Motiv ist der herangezogene „Kampf gegen die Frauenarbeit“. Wo in aller Welt haben (abgesehen von Einzelfällen, für die die Allgemeinheit nicht verantwortlich gemacht werden kann) maßgebende Vertreter der Arbeiterschaft einen solchen Kampf propagiert. Eine solche Wahnvorstellung sollte man sich doch hüten, in einer Arbeiterzeitung zu erörtern. Und was soll es heißen, wenn so etwas wie Drohung (Frauengewerkschaft) in Aussicht gestellt wird. Man sollte sich doch hüten, derartiges auch nur anzudeuten. Das eben bringt uns auf den Gedanken, daß der sozialistische Gedanke der Berufswahl durch den materiellen Einschlag eine Beeinträchtigung erfährt.

Die Hoffnung auf die Solidarität der Arbeitenden war es, die ihnen eine weitere Hoffnung auf Existenz erschloß. Und dadurch wurde die Frage der Doppelexistenzen und ihrer Begegnung eine taktische und auch eine sozialistische. Denn wenn der eine Teil, der notleidende, Solidarität erwartet von dem anderen Teil, so ist die sich auf solche Art praktisch bewährende Solidarität eben sozialistisch. Und wenn wir bedauernd feststellen müssen, daß es Menschen gibt, deren materieller Hang solche Solidarität nicht zuläßt, so ist das für uns nicht richtunggebend. Vielmehr müssen wirkliche Sozialisten durch bessere Beispiele solchen

Der Bürgerkrieg in Italien

Rom, 2. Juli.

Wie Tempo mitteilt, begaben sich infolge eines Zwischenfalles in Grosseto, wo die Kommunisten einen Faschisten aus Siena, einen ehemaligen Hauptmann der Ardit, getötet hatten, etwa 1000 Faschisten aus Rom, Siena und sogar aus Triest zu einer Strafexpedition nach Grosseto. Trotz der auf sie abgegebenen Schüsse zerstörten die Faschisten die Arbeiterkammer, die Druckerei einer kommunistischen Zeitung und mehrere den Kommunisten gehörende Häuser. Die Wächter der öffentlichen Ordnung konnten die Unruhen nicht verhindern. Eine Mitteilung der Faschisten von Siena besagt, daß bei dem Zusammenstoß 15 Kommunisten getötet und viele verwundet worden seien.

Die vorstehende Meldung beleuchtet grell die ungeheure Schärfe des Klassenkampfes, der in Italien tobt. Wir weisen schon gestern darauf hin, daß die Faschisten allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres über zweihundert Personen ermordet und über tausend verwundet haben. Hunderte der den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien gehörenden Häuser sind von diesen Banditen, die eine neue „Maffia“ in Italien gebildet haben, zerstört worden. Nun wo von kommunistischer Seite zur Abwehr der faschistischen Mordtaten und Ueberfälle gegriffen wird, nimmt der Kampf noch an Schärfe zu. Es scheint, als ob die Faschisten es darauf angelegt haben, durch ihre verbrecherischen Aktionen Teile der Arbeiterschaft in einen Verzweiflungskampf hineinzutreiben, der dann den Anlaß zur Etablierung einer bürgerlichen Schreckensherrschaft geben soll.

Diese Annahme ist um so wahrscheinlicher, als die sozialistische Partei bei der gegenwärtigen Regierungskrise ihr Hauptaugenmerk darauf richtet, durch Unterstützung einer nach links gerichteten Regierung der faschistischen Greuelherrschaft ein Ende zu machen. Diese Aktion soll anscheinend nun durch faschistische „Strafexpeditionen“ und Verschärfung des Bürgerkrieges verhindert werden. Die Reaktion wird sich aber genau so täuschen, wie bei den letzten Wahlen, die die unerlöschliche Stärke des italienischen Sozialismus erwiesen haben.

Eine Erklärung der italienischen sozialistischen Parlamentsfraktion

Der „Avanti“ vom 29. Juni veröffentlicht folgende Erklärung:

Der Vorstand der sozialistischen Parlamentsfraktion beschloß unter Festhaltung an den bereits gelegentlich ihrer Bildung vorgezeichneten taktischen und programmatischen Richtlinien, der sozialistischen Gruppe vorzuschlagen, nicht teilnahmslos der Entwicklung und der Lösung der Krise gegenüberzustehen.

ungehenden Egoismus den Weg weisen. Das Recht der freien Berufswahl wollen wir der Frau nicht beschneiden. Aber dieses Recht würden zunächst wohl nur solche Frauen in Anspruch nehmen, die nicht durch Kinder an den Haushalt gefesselt sind. Der sozialistische Kern der Forderung der Frauenberufswahl bekommt heute einen materiellen Anstrich. Denkt an die Hunderttausende von Arbeitslosen, denkt an die Frauen, die den Ernährer darstellen, und überlaßt denen heute die Berufswahl. Ihr anderen aber übt Solidarität mit den Erwerbslosen, erstickt in jenen nicht den letzten Glauben an den Sozialismus. Tragt einen Teil bei, die schreckliche Lage zu mildern; denn als durchgreifend kann die Beseitigung der Doppelexistenz nicht angesehen werden. Aber in den Herzen der Halbbergsweifelten wird solche Solidarität warmen Widerhall finden.

Wir geben auch dieser Stimme, die sich gegen die in dem ersten Artikel zu diesem Thema dargelegte Auffassung wendet, gern Raum, möchten aber damit die Aussprache in der Zeitung abschließen.

Es ist erfreulich, daß auch der obige Artikel zugibt, daß wesentliche Hilfe für die Arbeitslosen von der Verordnung nicht zu erwarten ist. Selbst die Beseitigung aller Doppelexistenzen würde nur als Tropfen auf den heißen Stein der Massenarbeitslosigkeit wirken. Vor allem auch darum, weil die Verordnung nur da angewandt wird, wo ein Doppelpersonen in einer ordentlichen, standesamtlich geschlossenen Ehe vorhanden ist. Bei den zahlreichen freien Ehen wird sie nicht wirksam. Darum ist es schon recht, wenn der Verfasser des vorstehenden Artikels mehr an die Solidarität der arbeitenden Frauen appelliert und zur Preisgabe ihrer Stellung auf Grund eigener Bereitwilligkeit auffordert, als auf die Wirkung des staatlichen Zwanges hofft. Womit indes — auch das darf nicht übersehen werden — noch keine Gewähr dafür geboten ist, daß der Unternehmer die freierwerbende Stelle neu besetzt. Selbst die Verordnung zwingt ihn ja nur zur Entlassung der in Frage kommenden Personen.

Wir sagen das alles nicht, um die Auffassung derer zu stärken, die aus unsolidarischer Gesinnung an ihren Stellungen leben. Die Zweckmäßigkeit der Verordnung als Notstandsmaßnahme erkennen wir durchaus an, und auch der Artikel von H. H. hat diese Anerkennung ausgesprochen. Aber wir müssen uns vor der Illusion hüten, als könnte durch solche Maßnahmen die Arbeitslosigkeit wesentlich gehoben werden. Das würde die Arbeiterklasse nur ablenken vom Kampf um weitergehende und wirksamere Forderungen der Arbeiterklasse zugunsten der Arbeitslosen. Solche Illusion birgt ferner in sich die Gefahr, daß die Arbeiterklasse — in der Verfolgung solcher kleinen Mittel allzu häufig befangen — untereinander uneins wird, und zwar in diesem Falle auf der Trennungslinie der Geschlechter. Denn es ist nicht zu leugnen, daß eine scharfe Anwendung des Grundgesetzes der Verordnung manche Härte gegen die schwer um die Existenz ihrer Kinder kämpfende und darum erwerbstätige Arbeiterfrau zur Folge haben würde. Und diese Härte ginge aus vom Manne, vom Klassenossen.

Darum ist es notwendig, daß wir uns bei der Anwendung solcher Anordnungen stets ihres Charakters als außergewöhnlicher Notstandsmaßnahmen bewußt bleiben, die durch ihre Anwendung nicht neue Not am anderen Plage erzeugen soll. Wir dürfen nicht zugeben, daß dabei unsere grundsätzliche Auffassung vom gleichen Recht der Frau im Erwerbsleben aus unserem Bewußtsein schwand. Diese Gefahr macht sich fühlbar. Dem vorzubeugen — das war der Zweck des Artikels von H. H., und das allein ist die Absicht unserer Zeilen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Inkrafttreten ab 1. August

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages erklärte am Freitag Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zur Frage der Erwerbslosenfürsorge, die Regierung wolle der Geldentwertung und der teils eingetretenen, teils durch die Freigabe der Getreidewirtschaft zu erwartenden Preissteigerung durch eine gewisse Erhöhung der Unterstützungssätze Rechnung tragen.

Russischer Revolutionstag

Von Alfred Brack

Als Samochwalow sein Quartier in der Petrowskaja verließ, ging das Leben dieser Stadt den gewohnten Gang. Im Teehaufe einer Winkelgasse traf er den Letten Endrup, der nur noch in Lumpen gehüllt vor einem leeren Tische saß. Auf seinen mageren Gesichtszügen aber lag eine festhafte Freude.

Samochwalow bestellte Brantwein. Sie tranken. „So ganz anständig frei kann man immer nur in Rußland sein,“ sagte Endrup.

Die Efin Jutta setzte sich zu ihnen und sagte: „In Rußland, da war immer Auerhörses möglich. In den anderen Städten ist alles so ordentlich und sicher. Da hat man sich in den Jahrhunderten daran gewöhnt, so ein Ding wie „Staat“ als das Schicksal anzusehen. Aber in Rußland reifen noch gewaltige Dinge.“

Samochwalow nickte lächelnd. „Und all diesen Bölkern Rußlands,“ sagte er, „die vielleicht nicht einmal russisch sprechen wollen, und die über unser Land so sehr häßlich lachen und schimpfen können, viel schlimmer als fernerstehende Nationen es vermögen, man sieht ihnen an den Augen an, daß sie alle, alle ausnahmslos eine tiefe Liebe zu diesem Lande in sich tragen, die sie immer wieder hingieht nach den unbegreiflichen Stätten und Menschen.“

Timofei Samochwalow war mit dieser Bemerkung außerordentlich zufrieden. Er war ein kleiner Staatsbeamter gewesen und hatte als solcher den Laufpaß bekommen. Nirgends auf der Welt war es ihm so schlecht ergangen wie in Rußland. Dennoch trug er eine tiefe Liebe zu diesem Lande in seiner Brust, und auch jetzt begann er die Vorzüge des russischen Volkes in leuchtenden Farben zu schildern. Kunstbegeistert wie er war, sprach er von dem Theater, warf mit erlauchten Namen umher, ging auf den Inhalt gepriesener Werke ein und zitierte Sentenzen, die ihn einstmals erschüttert haben mußten. Ueber das ausgezeichnete Ballet hin kam er auf die Musik zu sprechen, beglückte die Anwesenden mit Proben von Glinka und Glasunow, hatte Tränen, wie er nur den „Schicksalskutsch“ von Tschaikowski erwähnte, und wußte sich vollends über die hinstudenten Sinfonien Tschaiwinski nicht mehr zu lassen. Und dann dieser J. W. Dostojewski! Samochwalow eignete sich sofort die Haltung des Dioten Woschkin an, wozu seinen letzten Kubel für Schnaps auf den Tisch und gestand mit weinerlicher Stimme der Jutta, daß er sie unaussprechlich liebe. Plötzlich wieder setzte er die überschießende Kraft des ättesten Karamasoff in den Raum, nannte die Jutta seine Gutschenka und versprach, mit ihr am morgigen Tage dreitausend Rubel in Gold in diesem Lokal zu verschwenden. Dabei tat er mit großer Gebärde die Geste des Geldausstreuens vor und sah auf

Die Unterstützungssätze sollen deshalb mit Wirkung vom 1. August 1921 derart gesteigert werden, daß monatlich etwa 150 Mill. anstatt 120 Millionen verausgabt würden. Dadurch werde eine durchschnittliche Erhöhung um 20 bis 25 Prozent möglich. Wie sich die Mehrbeträge auf die verschiedenen Klassen der Erwerbslosen — Ledige und Verheiratete, Jugendliche und Erwachsene, männliche und weibliche Personen usw. — verteilen, werde noch näher zu prüfen sein. Es empfehle sich vielleicht, eine Differenzierung je nach der Gegend eintreten zu lassen, denn die Verhältnisse lägen offensichtlich in Großstädten, in Industriestreifen, in Notstandsbezirken einerseits und rein ländlichen Gebieten andererseits recht verschieden.

Die Kurzarbeiter sollen derart aufgebessert werden, daß der Prozentsatz des Lohnes, der zwecks Vergleichung des Arbeitsverdienstes mit der Erwerbslosenunterstützung herangezogen werde, eine Herabsetzung erfahre. Anstatt 70 Prozent werde man künftig auf 50 Prozent herabgehen. Ein Unterausschuss des 5. Ausschusses soll mit dem Reichsarbeitsministerium die näheren Festsetzungen über die Höhe der Einzelunterstützung treffen.

Abg. Dörmann (U. S. P.) bezeichnete die vom Ministerium vorgeschlagene Erhöhung als durchaus unzulänglich und wandte sich dann entschieden gegen die Redner der Deutschnationalen, die den Erwerbslosen nicht einmal eine Unterstützung gewähren wollen, die zur Fristung des täglichen Lebens ausreicht. Bemerkenswert war hierbei übrigens, daß die Deutschnationalen, die wenige Minuten später Milliarden für die Agrarier von der Reichskasse verlangten, hierbei erklärten, das Reich müsse sich jede, auch die geringste Ausgabe sehr überlegen.

Nachdem Redner anderer Parteien sich zu den Ausführungen des Ministers im wesentlichen zustimmend geäußert hatten, wurde bei Stimmhaltung der Deutschnationalen, welche der Stellungnahme ihrer Fraktion nicht vorgehen wollten, beschlossen, der Erklärung der Regierung bezüglich einer Aufbesserung der Unterstützungssätze für die Kurzarbeiter und Erwerbslosen zuzustimmen. Die weitergehenden Anträge der sozialistischen Parteien wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Die Beschlüsse des Ausschusses unterliegen nun der Zustimmung des Plenums, das in der nächsten Woche dazu Stellung nehmen wird.

Das Zentrum und Erzberger

Ueber die Verhandlungen des Rechtsausschusses der Zentrumsparterie zum Fall Erzberger, veröffentlicht jetzt die parteioffizielle Zentrums-Parlamentskorrespondenz nähere Mitteilungen. Der Bericht lehnt es aber ab, „alle Einzelheiten der Debatte in der Presse auszuspinnen“, und hält sich in ganz allgemeinen Wendungen, denen wir folgendes entnehmen:

Die Diskussion wurde mit aller Offenheit geführt, wodurch in erster Linie die Gewähr für eine Klärung der Sachlage gegeben war. Es wurde von allen Seiten betont, daß man mit den widerwärtigen Angriffen gegen die Person des Herrn Erzberger nichts zu tun haben wolle, sie im Gegenteil aufs schärfste verurteile. Ueber etwaige Verfehlungen des Herrn Abgeordneten Erzberger haben erst die Parteikontrollen zu befinden, wenn die gerichtlichen Instanzen endgültig entschieden haben. Die Verhandlungen waren deshalb immer nur von rein sachlichen Motiven geleitet. Diese sachlichen Beweggründe sind für die Zentrumsparterie das Wohl des Vaterlandes und die Geschlossenheit der Partei. Dadurch wurde die Aussprache, die sich stets auf der Höhe bewegte, zu einem politischen Erlebnis, das gemäß allen Teilnehmern unvergänglich bleiben wird. Es erübrigt sich, alle Einzelheiten der Debatte in der Presse auszuspinnen. Das mit großer Mehrheit gegen wenige Stimmhaltungen und eine Ablehnung gezeichnete Ergebnis beweist zur Genüge, auf welchen Ton die Beratungen gestimmt waren. Zusammenfassend läßt sich darüber sagen, daß der Reichsparteiausschuss mit Genugtuung von der Rechtfertigung Erzbergers durch die Einstellung der Untersuchung wegen Verletzung der Eidspflicht Kenntnis nahm, wobei besonders hervorgehoben wurde, daß die Urteilsbegrenzung durch den Staatsanwalt in wesentlichen Punkten des Hefferrich-Prozesses eine neue Situation für Erzberger schaffe. Herr Erzberger wüßte seinerseits der schwierigen Situation, in welche die Gesamtpartei durch die widerwärtigen gegnerischen Kampfmethoden der letzten Wochen geraten war, Rechnung zu tragen. Er entschloß sich, einstweilen dem politischen Leben noch fern zu bleiben, bis vielleicht durch irgendwelche besonderen politischen Konstellationen eine neue Lage geschaffen sei.“

Ob und wie Erzberger die erwähnte neue Situation gegenüber seinem Gegner Hefferrich auszunutzen wird, bleibt abzuwarten und interessiert die politische Öffentlichkeit we-

niger, als die am Schluß des Berichts gemachte Mitteilung, daß Erzberger auch jetzt noch dem politischen Leben fern zu bleiben gedenkt, bis durch besondere politische Konstellationen eine neue Lage entsteht. Das kann allerdings ziemlich bald geschehen.

Waffenschieber

18 Kanonen gestohlen

In der Nacht vom 6. zum 7. Juni sind, wie das rechtssozialistische Liegnitzer Parteiblatt in Liegnitz mitteilt, auf dem Truppenübungsplatz Küstrin 18 Geschütze, die zur Vernichtung bestimmt waren, gestohlen worden. Es handelt sich um vier schwere Feldhaubitzen (10 Zentimeter) und 14 Feldkanonen mit Proben, alle vollständig gebrauchsfähig.

Diese Meldung stammt aus zuverlässigster Quelle. Sie stand nämlich im amtlichen Mitteilungsblatt der Eisenbahnbehörde. Der Abtransport dieses Geschützparcs, zu dem eine große Anzahl Mannschaften und Pferde gebraucht worden sein müssen, ist angeblich von niemand bemerkt worden!

Es handelt sich nicht um den einzigen Fall dieser Art. In der Nacht zum 30. Juni erschienen etwa 30 Personen mit zwei Lastautos vor dem Ehrenfriedhof in Liegnitz und begannen die dort aufgestellten vier Geschütze aus dem Friedhof fortzuschleppen. Der Friedhofswächter wurde jedoch durch die Geräusche aufmerksam und alarmierte eine Polizeistreife, der es gelang, drei der Täter festzunehmen. Einer derselben ist der Hauptmann v. Ritsch, Führer der Ordegen im Landkreise Schlesien. Drei Geschütze wurden den Tätern sofort abgenommen, das vierte war aber schon abgefahren und wurde später in einer Schonung versteckt von Liegnitzer Parteigenossen aufgefunden.

Es versteht sich von selbst, daß die bürgerliche Presse den ganzen Vorfall totschweigt, und daß alle Dienststellen ihre Unschuld versichern. Auch der Reichswehrminister Gehler wird zweifelsohne seine völlige Unschuld versichern, während die Augen im Hintergrunde verständnisvoll lächeln werden.

Es ist, wie jedermann weiß, nicht das erste Mal, daß derartige Waffenschleppungen vorgenommen werden. Aber immerhin ist es ein bemerkenswerter Fortschritt, daß die Ordegenbanditen, die angeblich aufgelöst sind und ihre Tätigkeit eingestellt haben, nun nicht mehr allein Gewehre, Maschinengewehre, Munition usw. verschleppen, sondern ganz große Geschützparcs mit allem Zubehör, unbehelligt von den Aufsichtsbehörden, fehlen können.

Daß derartige Waffenschleppungen nur dank der freundlichen Mitwirkung der militärischen Dienststellen vorgenommen werden können, liegt auf der Hand. Diese Dienststellen, die mit ausgekoteten Militaristen und Nationalisten besetzt sind, tun einfach, was sie wollen und tanzen dem demokratischen Reichswehrminister Gehler auf der Nase herum. Daß dadurch die außenpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands immer wieder verstärkt werden, scheint diesen militärischen Provokateuren, die mit hochtrabenden Worten stets ihren „Patriotismus“ betonen, nur erwünscht zu sein.

Keine Massenentlassungen von Polen. Aus Bochum meldet W.T.B.: Eine polnische Kommission, die unter Führung des Landrats Raumann aus Polen, in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk entsendet worden war, hielt in Bochum eine Bepredung mit Vertretern der deutschen Gewerkschaften und der Presse ab, an der auch Vertreter der polnischen Berufsvereinigungen teilnahmen. Landrat Raumann teilte mit, die Studienreise der Kommission habe überall, sowohl bei den Arbeitervereinigungen in Bochum und Essen, wie auch beim Zechenverband, großes Entgegenkommen gefunden. Von irgendwelchen Ausschreitungen oder Massenentlassungen von Polen sei nirgends die Rede.

De Nicola lehnt endgültig ab. Die „Est-Europe“ aus Rom meldet, hat der zum italienischen Ministerpräsidenten ausgetretene Kammerpräsident De Nicola es endgültig abgelehnt, ein neues Kabinett zu bilden. Der König berief Bonomi zu sich, doch ist es fraglich, ob der Führer der Reformsozialisten die Schwierigkeiten wird überwinden können, die sich ihm bei Lösung dieser Aufgabe entgegenstellen werden.

Das Ende der deutschen U-Boote. Aus London wird am 1. Juni gemeldet: Heute wurde die letzten der ehemaligen deutschen U-Boote vernichtet; darunter befand sich auch die „Deutschland“.

einmal stumm, abgerissen und überrascht mit großen verwunderten Augen am Tisch. . .

Heiliges Rußland, wie bist du doch immer noch allen so unbekannt, du und deine große mannigfache, formlose, dumpf murmelnde Volksmasse; so stumm und gleichgültig, aber mit unermesslichen Leidenschaften lebt sie dahin, Leidenschaften, die mit einem Geiste, einer Gestalt plötzlich aufleuchtend herausfahren, wie Meteorite am nächtlichen Himmel vorüberzuschweifen, nur ein kurze rötliche, bläuliche Bahn hinterlassend. Heiliges Rußland mit deinem heiligen Glauben, mit den tausend Sekten und all den fabelhaften Gebräuchen! —

Während die drei am Tische schweigend diesen Gedanken nachgingen, stieß jemand hastig die Tür auf und gestalte das Wort: Revolution! —

Es gibt Stunden vor ganz großen Ereignissen, die so gepielt voll Erwartung sind. Eine Ursache ist im Anzuge. Niemand aber vermag ihre Art zu deuten. Alle Dinge werden ganz klar und gläsern. Jeder Mensch verliert die angezückelte Form und zeigt alle Eigenschaften seines Charakters scharf umrändert und hüllenlos. Selten gesehn, noch seltener erlebt, hastet dem allen der Ausdruck der Unruhe an, der in der wachsenden Stunde siedend, brausend und donnend wird.

Jetzt ging diesen drei Leuten bligartig das angespannte Gefühl der letzten Augenblicke durchs Hirn, und wie aus geöffneter Schleiße stürzte die angespannte Kraft und Spannung tosend geballt durch die Öffnung hinaus.

Diese Straße! Unerklärlicherweise liefen die Menschen im Sturmschritt nach verschiedenen Richtungen durcheinander. Jeder mochte wohl seiner Behausung zustreben versucht sein, oder hatte ein anderes Ziel, das ihm am Herzen lag. Hingewehrte Massen fluteten ausholenden Schritts vorbei. Nirgends stotterte der Lauf. Umgehindert zog jeder Wunsch den dazugehörigen Körper nach sich. Und in den drei dahinschreitenden, eiligen, kümmlichen Mengen standen vereinzelt groß und schweigend ernste Gestalten mit teilnahmslosen Gesichtern gegen den Strom. Kalt und vornehm und doch mit den sinnigen Augen rechter Dichter blickten sie in ihrer vertageneren Kleidung unerschütterlich weit ins Veere. Endrup stand so und Samochwalow und ein Stück weiter die körperschöne Jutta.

„Was macht die russische Leidenschaft aus,“ dachte sie gerade, „jeder Mensch, der auch nur eine kleine Sache tut, wirft sein ganzes Dasein; Besitz Familie, Leben und Glauben daran. Gleichsam setzt er sich ganz aufs Spiel; wird es, oder wird es nicht? Und wenn man den richtigen Willen hat, dann wirds. In den anderen Ländern ist das alles so langweilig. Da wagt so ein Mensch alle Möglichkeiten eines Gewinns ab, prüft dann seinen Besitz und setzt nur ein ausgewähltes beschränktes Maß daran. So

es gelingt, ist ein Schmunzeln, so es schief geht: gottlos, der Verlust war nicht groß. Pest und Schwefel den ökonomischen Lebensverbrechern Europas! Fremd ist ihnen der wild zusammengepreßte Genuß. Höhen und Tiefen des Daseins vermeiden sie ängstlich. Immer nur dauern sie flach in scharf begrenzten Bezirken.“

Kaufleute ließen die eisernen Vorhänge ihrer Läden herab. Schiffe fielen die Straße herauf. Durch die Menge wälzte ein Schrei. Körper stürzten zu Boden, zuckten hoch auf und blieben teillos liegen. Festliche Reiter jagten daher. Blanke Schwerter schlangen sie in der Sonne. Köpfe rollten und hüpfen über die Steine. Gräßliche Augen wurden starr. Blut floß in Rinnsalen zwischen den Pflastern abwärts.

Niemand konnte sagen weshalb das war. Auf den engen und fremden Höfen zusammengedrückt harrten die geängstigten Menschentiere. Rollwagen fuhren vorbei. Warfen blutthändige Gestalten die toten Körper und toten Köpfe darauf, peitschten die Pferde, und vorwärts ging die unbegreifliche Jagd und vorüber. — Proletarier zogen jetzt singend dahin. Reiche Häuser gingen in Flammen auf. Eine riesige Welle segte der rote Gedanke über das Land, schwemmte hinweg, zerdrückte, zertrach und ertränkte, um Allgeist zu sammeln.

Als so die rote Woge vorübergegangen war und die Menschen sich selber und einer den anderen anlachen, kühlten sie plötzlich sehr viel Freiheit um sich her. Keine Hüter der Ordnung sah man, um des Einzelnen Tun zu beengen. Allzu rohe Gewalt war befriedigt. Anruh schwellenden Elementen mangelte es am rechten Widerstand, oder sie verzrochen sich auch aus Furcht vor Verunft. Seltsam lustig bewegten sich auf den Straßen und Plätzen der Stadt die Menschen. Gingen beifühn die Bürgersteige entlang, als wären sie eines Stages, einer Stütze beraubt und als wäre die Möglichkeit, das persönliche Gleichgewicht zu verlieren, nicht fern. Es gab auch Menschen, denen die überraschende Freiheit das Hirn zerriß.

Wenn man bedenkt, wie so ein Wesen in die beschränkten Gesetze dieser irrenden Menschheit verpflanzt wird, wenn man so überlegt, wie um den jungen Menschen und seine tollkühne Wildheit die Stachelndrähte und Hochspannungseiner krankhaften Zivilisation systematisch gelegt werden, ganz verschleiert zunächst, dann offener, unerbittlich, bis einer Zeit dann die „Grenze der Alten“ fertig und der rasendste Jörn nicht mehr nach außen, nur noch nach innen sich zu verteben vermag — und diese Schranken eines Tages lädenhaft werden, kann wohl ein schmachtender Mensch den Verstand verlieren.

Ja — diese „Grenzen der Alten“ und überhaupt sämtliche Grenzen. Keiner der Götter hat sie erbacht, nur ein Mensch im

